



### **Von der Verwaltung**

Retzki, Bernd	Dezernent IV	
Bender, Sylvia	Leiterin Amt für Soziales	
Vogel, Thomas	Geschäftsführer Jobcenter	
Burfeind, Lisa	Pressestelle	per Video
Ehlermann, Jana	Bildungszentrum	per Video
Wiek, Carolin	Gleichstellungsbeauftragte	
Kanter-Kerseboom, Sabine	Amt für Soziales	
Kuhlmann, Carsten	Moderator	

### **Als Gäste**

Capelle, Ines	Bundesagentur für Arbeit	Referentin
Jain, Andreas, Prof. Dr.	Ostfalia Hochschule	
Krause, Melanie	Ostfalia Hochschule	
Küchler-Hendricks, Adina, Dr. des.	Ostfalia Hochschule	Referentin

### **Protokollführerin**

Böttcher, Janine

### **Es fehlen:**

### **Ordentliche Mitglieder**

Deitmar, Reinhard  
Seigneur, Christel

### **Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)**

Owczarek, André

### **Nicht stimmberechtigte Mitglieder**

Harmel, Ralf	Vorsitzender Pflegekonferenz
Meyer, Hans-Andreas	Kreisseniorenbeauftragter

---

### **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)
5. Pflichtenbelehrung der ehrenamtlich Tätigen gemäß § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)
6. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
- 6.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

- 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
  7. Neubesetzung des 4. Beirates für Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: XIX-0094/2022
  8. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ die Grünen; Erstellung eines Leistungsportfolios Soziales  
Vorlage: XIX-0105/2022
  9. Vortrag zum Thema "Anerkennung ausländischer Abschlüsse" im Bereich Pflege
  10. Evaluationsbericht kommunaler Handlungsplan Inklusion
  11. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
  12. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:37 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)**

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)**

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die ... (§§ 23, 5d GO)**

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

#### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit vom 07.12.2021 wird genehmigt.

**TOP 5      Pflichtenbelehrung der ehrenamtlich Tätigen gemäß § 43  
Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)**

Herr Retzki belehrt Herrn Ulrich Hagedorn über seine Pflichten gem. § 43 NKomVG.

**TOP 6      Anfragen (§§ 23, 5e GO)**

**TOP 6.1    Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)**

Es liegen keine Anfragen vor.

**TOP 6.2    Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17  
GO)**

Frau Wagner-Judith bittet um Mitteilung, ob unter TOP 11 auch ein Sachstandsbericht zur aktuellen Flüchtlingssituation gegeben wird.

Die Landrätin Frau Steinbrügge führt aus, dass dazu im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit berichtet würde.

**TOP 7      Neubesetzung des 4. Beirates für Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: XIX-0094/2022**

Frau Bender erläutert kurz den Inhalt der Sitzungsvorlage. Sie ergänzt, dass in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des 3. Beirates für Menschen mit Behinderungen, Herrn Hornig, eine Auswahl getroffen worden sei, die die benötigte Vielfalt der Behinderungsarten abdecke.

Frau Resch-Hoppstock führt aus, dass für die Berufung der Beiratsmitglieder in der Vergangenheit die Politik beratend mit eingebunden worden sei und auch Werbeveranstaltungen durchgeführt worden wären. Sie bittet um Klärung aus welchem Grund dies aktuell unterblieben sei. Zudem äußert sie, dass in Zukunft weiterhin die Politik am Beirat für Menschen mit Behinderungen teilhaben wolle, da dieser für die Vertreterinnen und Vertreter im Sozialausschuss von großer Bedeutung sei.

Frau Bender erklärt, die Beteiligung der politischen Gremien sei in 2017 aufgrund der Satzungsänderung tiefgreifender gewesen als aktuell. Darüber hinaus sei es damals schwierig gewesen, genügend Freiwillige für die Mitarbeit zu gewinnen. Abschließend erwidert Frau Bender, dass Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderungen öffentlich seien, und weiterhin eine rechtzeitige Information der Ausschussmitglieder erfolge, wann die Sitzungen stattfänden. Eine Beteiligung wäre somit möglich.

Herr Glier ergänzt, die Satzung sehe es nicht vor, dass die Kreistagsmitglieder sowohl im Auswahlverfahren als auch in den Sitzungen berücksichtigt würden. Aber es wäre sinnvoll, wenn bei Sitzungen des Behindertenbeirates auch Politiker vom Sozialausschuss anwesend

seien, damit die Bedürfnisse der Behinderten bekannt würden und diese durch die Politik verstärkt berücksichtigt werden könnten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig ohne Stimmenthaltung nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit empfiehlt dem Kreisausschuss dem Kreistag zu empfehlen, die Neubesetzung des 4. Beirates für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Wolfenbüttel zu beschließen.

### **TOP 8 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ die Grünen; Erstellung eines Leistungsportfolios Soziales Vorlage: XIX-0105/2022**

Frau Wagner-Judith erläutert den Antrag zur Erstellung eines Leistungsportfolios Soziales. Sie ergänzt, der Hintergrund des Antrages sei, dass die neuen Fraktionsmitglieder keine Übersicht hätten, wer für welche Leistungen Zuwendungen bzw. Zuschüsse erhalte. Auch die älteren Fraktionsmitglieder hätten keinen Überblick, da es kompliziert und sehr vielfältig sei. Diesbezüglich wird der Antrag gestellt und gebeten, den Tagesordnungspunkt anzunehmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig ohne Stimmenthaltung nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie er sich aus der Vorlage XIX-0105/2022 ergibt wird angenommen.

Im Anschluss ergibt sich eine ausführliche Aussprache zum Inhalt des Antrages an der sich Frau Resch-Hoppstock, Herr Glier, Herr Brücher, Herr Hensel, Frau Kanter und Frau Florek sowie Frau Steinbrügge, Herr Retzki und Frau Bender beteiligen. Hierbei wird sich hauptsächlich über die Inhalte des Subsidiaritätsgrundsatzes, der Trägervielfalt in der sozialen Arbeit und der pauschalen jährlichen 2 % -Fortschreibung der Höhe der freiwilligen Zuwendungen und Zuschüsse ausgetauscht. Die Diskutierenden sind sich einig, dass ein Ziel des Antrages sein solle, allen Kreistagsmitgliedern einen Überblick über die Vielfalt der geförderten Angebote seitens des Landkreises zu bieten. Keinesfalls sollte es im Ergebnis zu einer Einschränkung der Trägervielfalt kommen.

Frau Steinbrügge bittet darum, den Auftrag an die Verwaltung aus diesem Antrag zu konkretisieren. Sie weist gleichzeitig darauf hin, dass aufgrund der derzeitigen hohen Arbeitsbelastung der Verwaltung durch Corona und die Geschehnisse in der Ukraine die Leistungsfähigkeit der Verwaltung bereits an ihrer Grenze sei und bittet dies bei der Formulierung des Auftrages zu bedenken.

Im Ergebnis ist sich der Ausschuss einig, den Antrag zur weiteren Beratung mit in die Fraktionen zu nehmen und mit konkretisiertem Arbeitsauftrag zu einem späteren Zeitpunkt an die Verwaltung zu richten.

## **TOP 9 Vortrag zum Thema "Anerkennung ausländischer Abschlüsse" im Bereich Pflege**

Frau Capelle vom gemeinsamen Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit trägt zum Thema Anerkennung laufender Abschlüsse im Bereich Pflege vor. - Anlage zu TOP 9 -

Herr Hensel fragt, in wie weit ungelerten zugewanderten Kräften Deutschkenntnisse vermittelt werden. Er erkundigt sich des Weiteren danach, ob die Anwerbung über die Bundesagentur für Arbeit direkt erfolge oder die Programme von dieser lediglich begleitet oder initiiert würden.

Frau Capelle erläutert, vorrangiges Ziel sei es, junge Menschen zu rekrutieren, die dann eine 3-jährige Ausbildung durchliefen. Bestimmte Sprachkenntnisse müssten vorliegen. Im IT-Bereich würden Ausnahmen gemacht werden. Die Bundesagentur für Arbeit nutzt hier das Programm Tripple-win, mit dem sie Kontakte zu den Arbeitgebern vor Ort herstellt. Zudem arbeitet sie mit der ZAV (Zentrale Auslandsvermittlung) zusammen. Über die ZAV bestünden Kontakte vor Ort in den Herkunftsländern. Hier würde im Vorfeld sondiert, welche Personen in Frage kämen. Ergänzend würden Verfahren der ausländischen Abschlüsse begleitet.

Frau Resch-Hoppstock erkundigt sich nach dem zeitlichen Ablauf.

Frau Capelle führt aus, die Bundesagentur für Arbeit verfolge eine strategische Personalplanung über einen Zeitraum von 12 - 18 Monaten, d.h. kurzfristige Rekrutierungen innerhalb von 3 Monaten seien nicht möglich.

## **TOP 10 Evaluationsbericht kommunaler Handlungsplan Inklusion**

Frau Küchler-Hendricks von der Ostfalia Hochschule berichtet mit Hilfe einer Präsentation über die Prozessevaluation Inklusion. Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Herr Hensel fragt zum Inklusionsaudit, ob es für Inklusion eine Zertifizierung gäbe, die auditiert werden könne. Dazu bittet er um Erläuterung, ob neben den Mitarbeitenden auch Betroffene befragt worden seien und zukünftige Veranstaltungen zur Inklusion zeitlich so zu planen, dass auch berufstätige Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen können.

Frau Küchler-Hendricks führt aus, dass es den kommunalen Index für Inklusion als Orientierungswert gäbe. Dieser stelle ein häufig kritisiertes Messinstrument dar, da er auf theoretischen Grundlagen basiere und nicht empirisch überprüft würde. Mittlerweile gäbe es allerdings für Kommunen Instrumente, bei denen die empirische Überprüfung eingeflossen sei, wie zum Beispiel der Kommunale Index für Inklusion. Bei einer zukünftigen wissenschaftlichen Begleitung sei es möglich, einen speziellen Index zu entwickeln, um eine entsprechende Qualifizierung auszuweisen. Es seien nicht alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme aufgerufen wurden, da dies im Umfang der Befragung nicht möglich war. Stattdessen wurden betroffene Gruppen beschäftigter des Landkreises Wolfenbüttel anonymisiert befragt.

Frau Resch-Hoppstock bittet zukünftig, auch kommunale Gruppen und Arbeitskreise, wie beispielsweise den Behindertenbeirat, den sozialpsychiatrischen Verbund und die örtliche Pflegekonferenz in den Prozess mit einzubinden. Sie regt an, auch die Einrichtung in Neuerkerode mit einzubinden.

Frau Kuchler-Hendricks informiert, es gäbe den Punkt „Verstehen Sie sich selbst“ im kommunalen Index für Inklusion. Dafür seien Rückmeldungen erwünscht, damit spezielle Themen berücksichtigt werden können.

Frau Judith-Wagner merkt an, Informationen und Einladungen zum Thema Inklusion solle an alle Kreistagsmitglieder gehen, damit alle eingebunden werden.

Herr Retzki bietet an, zur Sensibilisierung könnten in den Fraktionen 15 – 30 min Vorträge über den aktualisierten Kommunalen Handlungsplan gehalten werden, mit anschließender 15 min Diskussion.

Frau Steinbrügge erläutert, der kommunale Handlungsplan Inklusion beziehe sich nicht nur auf die Verwaltung, sondern auf den ganzen Landkreis Wolfenbüttel.

## **TOP 11 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Herr Retzki berichtet:

- Sachstand zum Thema Konzeption eines Kurses zur Pflegegrundqualifizierung. Für ein erstes Gespräch mit den Pflegeeinrichtungen werden in Kürze Einladungen versandt.
- Sachstand zum Thema regionales Versorgungszentrum (RVZ). Am 02.03.2022 fand der Notartemin für beide Gesellschaften (RVZ Baddeckenstedt gGmbH und MVZ Baddeckenstedt gGmbH) statt. Die Gesellschaften befänden sich in Gründung, die Einträge im Handelsregister folgten demnächst. Herr Retzki übernehme den Vorsitz für 2 ½ Jahre. Das Stammkapital müsse überwiesen werden, der Antrag auf Zulassung des MVZ beim Zulassungsausschuss müsse bis zum 22.03.2022 versandt werden. Dieser tagte am 25.05.2022. Zum 01.07.2022 würde das Projekt RVZ gGmbH und MVZ gGmbH offiziell gestartet.

Frau Bender berichtet:

- Zur Anfrage von Herrn Meyer hinsichtlich der Seniorenarbeit mit dem DRK. Herr Stoch vom DRK hat dies mit Herrn Meyer geklärt. Herr Stoch möchte nach der Pandemie wieder Kaffeenachmittage im Solferino für die Senioren anbieten.
- Die nächste örtliche Pflegekonferenz wird am 21.04.2022 in den Räumlichkeiten des Klinikums stattfinden.
- Das niedersächsische Kultusministerium entwickle eine Rahmenrichtlinie mit Schwerpunkt Gesundheitspflege für Gymnasien im Bereich Gesundheit und Soziales.
- Anfang Februar 2022 wurden zwei Sozialarbeiterinnen im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Vertrages für die Sozialräumliche Beratung und Hilfestellung eingestellt. Diese werden in den Gemeinden Baddeckenstedt und Cremlingen eingesetzt.

**TOP 12    Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)**

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth schließt um 21:01 Uhr die Sitzung.

---

Bettina Eisenbarth  
(Vorsitzende)

---

Bernd Retzki  
(Dezernent IV)

---

Janine Böttcher  
(Protokollführerin)